

ÖGB muss Regierungsprogramm bekämpfen:

Aufstehen statt Umfallen!



Viele ÖGB- Mitglieder freuen sich zu Recht, dass die Schlüsselregierung Geschichte ist! Doch keine ihrer zentralen Maßnahmen wird zurückgenommen: Pensionsreform, Abfangjäger und Studiengebühren bleiben. ÖGB-Präsident Hundstorfer meint, dass es von ihm sicher keine Proteste geben wird. Wir meinen: Nachdem das Bawag-Fiasko die Glaubwürdigkeit des ÖGB stark erschüttert hat, müssen wir beweisen, wozu Gewerkschaften eigentlich da sind. Nämlich dazu die Rechte von ArbeitnehmerInnen zu verteidigen!

SPÖVP-Programm voller Giftzähne

Der Gewerkschaftsfeind K. H. Grasser "lobte" das Regierungsprogramm zu recht als Fortsetzung des - neoliberalen - Kurses der letzten Jahre. Auch SPÖ-Finanzstaatssekretär Matznetter kündigte an, dass am Dogma "Keine neuen Schulden" festgehalten wird; neue Sparpakete dürften also bereits geschnürt sein. Wir wissen bereits: Die Ladenöffnungszeiten werden ausgedehnt, Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitlose sollen verschärft, das Dienstrecht der Eisenbahner und das Arbeitszeitgesetz sollen weiter flexibilisiert werden. Wichtiges Detail: Dort wo es keinen "Ansprechpartner" auf der KV-Ebene gibt soll auf betrieblicher Ebene abgeschlossen werden. Dort wo es keinen Betriebsrat gibt sollen in Zukunft auch Einzelvereinbarungen möglich sein (wenn ein Arbeitsmediziner

zustimmt). Damit wird der Erpressung Tür und Tor geöffnet! Viele werden aus Angst um den Arbeitsplatz zustimmen! Dass das Arbeitsministerium weiter bei der Wirtschaft und damit beim Großunternehmer Bartenstein bleibt, passt in dieses Bild.

Will der ÖGB glaubwürdig bleiben, darf er keine Rücksicht auf eine neoliberale SPÖ-Spitze nehmen!

Die Studierenden wehren sich zu recht gegen die Lügen und Belastungen der neuen Regierung. Doch warum eigentlich nur die Studierenden? Es auch ist positiv wenn führende Gewerkschafter, wie etwa der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Bau-Holz Josef Muchitsch, oder die ÖGJ, das Regierungsabkommen ablehnen.

Aber diese Ablehnungen müssen nun in die Tat umgesetzt werden!

Wir schlagen den Gewerkschaften vor Dienststellen- und Betriebsversammlungen abzuhalten, die Menschen zu informieren und weitere Schritte zu beraten.

Die kommenden Angriffe müssen mit Kampfmaßnahmen - bis hin zu Streiks abgewehrt werden.

Die großen Betriebsversammlungen in den KV-Runden 06 haben gezeigt, dass trotz Bawag-Fiasko viele Gewerkschaftsmitglieder bereit sind für ihre Rechte zu kämpfen!
Michael Gehmacher

Kommentar zum Kongressstag

Es hagelt Proteste und Demonstrationen gegen die neue Regierung. Sogar ein Viertel der Mitglieder des SP-Vorstands hat dem Koalitionsübereinkommen die Zustimmung verweigert. Die meisten "Gewerkschafter" im Vorstand hoben demgegenüber brav das Handl, während wohl eine deutliche Mehrheit der ÖGB-Mitgliedschaft dieses neoliberale Diktat ablehnt. Wie lange will die Spitze der Mehrheitsfraktion im ÖGB eigentlich noch an dieser Partei festhalten, deren Führung GewerkschafterInnen ständig demütigt und ArbeitnehmerInneninteressen mit Füßen tritt?

Bei diesem Kongress soll auch über die künftige Ausrichtung des ÖGB entschieden

FSG-Spitze: Gewerkschafter oder Parteisoldaten?

werden. Eine Gewerkschaft, die die Interessen ihrer Mitglieder vertritt, kann solchen Angriffen auf die ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen und sozial Schwachen nicht zustimmen. Wir treten dafür ein, dass keinE GewerkschafterIn - egal ob in Parteiliegern, in Gemeinde- oder Bezirksräten, Landtagen oder Parlamenten - Maßnahmen zustimmen darf, die Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen bedeuten. Das sollte auf dem Kongress beschlossen werden.

Es ist wichtig, in der SPÖ und in den Gewerkschaften gegen diesen Regierungspakt zu stimmen. Aber reichen wird es nicht. Wir müssen vielmehr gemeinsam aktiv werden und vorbehaltlos Widerstand organisieren. Dazu gehören Großdemonstrationen und Streiks, konsequenter geführt als jene 2003. Wir glauben, dass dazu die Voraussetzungen eigentlich nicht schlechter sind als vor vier Jahren: Die Wut ist groß, gerade auch jene die momentan aus der Partei austreten oder sich das zumindest überlegen, wären wohl mit Sicherheit bereit, für einen ÖGB "zu laufen" der konsequent Gewerkschafts- vor SPÖ-Interessen stellt.
Gerhard Ziegler

Serie: Versagen wir im Kerngeschäft der Gewerkschaften?

Teil 1: Immer weniger in der Geldbörse

Ein Blick in die "Statistik Austria" belegt, dass Gefühle manchmal nicht trügen. Die meisten Menschen haben nämlich Recht, wenn sie meinen immer weniger Geld in der Geldbörse zu haben.

Das "normale" Leben wird teurer (2006):

Wohnen, Wasser, Energie + 4,3 %
Mobilität/Verkehr + 2,7 %
Erziehung und Unterricht + 7,5 %
Wocheneinkauf + 2,5 %

(Quelle: Statistik Austria)

Deutliche Schiefelage

Während Nettorealeinkommen 2006 um 0,8 % gestiegen sind, machen die Gewinnsteigerungen der 30 größten Unternehmen im Schnitt 30 Prozent pro Jahr aus - und das seit 2001. Anders errechnet: Jeder Beschäftigte dieser Großunternehmen erwirtschaftet einen Gewinn von fast 25.000 Euro (Quelle Arbeit&Wirtschaft, ÖGPP). Ebenso sinken die Lohnstückkosten seit Jahren. Handlungsbedarf wäre also gegeben.

KV-Verhandlungen: WKÖ bejubelt Erfolge

"Die Kollektivvertragsverhandlungen für die sechs Fachverbände Eisen/Metall konnten (...) erfolgreich abgeschlossen werden. Ein Abschluss über 3 %, wie von der Gewerkschaft vehement gefordert, konnte erfolgreich verhindert werden (...) Mit dieser Vereinbarung wurde ein erster Schritt zu einem differenzierten Lohn- und Gehalts-

modell möglich gemacht." (Quelle: WKÖ)

Die Unternehmer feierten in den letzten Jahren Erfolg um Erfolg: Sozialabbau, Steuerreform, Flexibilisierung, Gewinnexplosion. Warum tun wir ihnen ständig diesen Gefallen? Gibt es in Zeiten der Globalisierung keine Alternativen? Entgegen der Behauptungen der alten (und neuen?) Regierung, sowie der Unternehmerseite ist schließlich auch die Arbeitslosigkeit nicht zurückgegangen. Im Jahresschnitt lag sie 2006, ebenso wie in den beiden Jahren zuvor offiziell bei 7 %.

(Quelle: Statistik Austria). In den Grundsatzartikeln unserer Gewerkschafts- und AK-Medien können wir daher zu recht immer wieder Sätze wie diesen lesen: "Die Formel "Lohnzurückhaltung senkt Kosten, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und schafft daher Arbeitsplätze" funktioniert einfach nicht." (www.arbeit-wirtschaft.at/art2.htm)

Doch wo bleiben die Gewerkschaften?

Wer heute glaubt im globalen Wettbewerb durch Lohnzurückhaltung den "Standort" verteidigen zu müssen, hat als GewerkschafterIn also schon verloren und schadet nur der Mitgliedschaft. Völlig un-

verständlich ist es daher, dass sich die neue ÖGB-Führung über eine Wie-der-

belegung der Sozialpartnerschaft freut; einer "Partnerschaft" also, die seit mehr als 20 Jahren für diese Lohnzurückhaltung die Akzeptanz von Kürzungen verantwortlich ist. Gewerkschaften haben letztlich nur ein entscheidendes Mittel ihre Interessen umzusetzen: Ihre Kampfkraft und Kampffähigkeit. Diese wurde und wird nicht nur die Verpfändung des Streikfonds, sondern vor allem auch durch die Verkettung des

ÖGB mit der WKÖ und der Industriellenvereinigung entscheidend geschwächt. Ändern wir das! John Evers

so geht's auch:

Die türkische Baufirma GAMA beschäftigte rund tausend türkisch stämmiger Arbeiter, die unter miserablen Bedingungen leben und arbeiten mussten, und bezogen einen Stundenlohn von nur 2-3 Euro. Einen Lohnzettel bekamen die Arbeiter nie zu Gesicht und die Aufzeichnungen über

Irland: "Wer einen von uns angreift, greift alle an!" (Streikplakat)

die Arbeitszeiten wurden vom Unternehmen - nach eigenen Angaben - vernichtet. GAMA hat über die Jahre ca. 30 Millionen Euro unterschlagen. Im Schnitt kommt auf jeden Arbeiter die stattliche Summe von 15 000 Euro, aber kein einziger Cent wurde ausgezahlt.

Die Rolle der Gewerkschaft

Praktisch alle bei GAMA beschäftigten türkischen Arbeiter waren bei der SIPTU (größte irische Gewerkschaft) und auch hier zeichnet sich die Gewerkschaft hauptsächlich durch Ignoranz und Untätigkeit

aus. Gewerkschaftsfunktionäre sollen über die Jahre nichts von den Missständen bemerkt haben. Man sieht, dass bürokratische Gewerkschaften nicht nur ein österreichisches Problem sind. Trotzdem zeigte die GAMA-Belegschaft, dass ArbeiterInnen unterschiedlicher Herkunft zusammen die neoliberale Politik durchbrechen können.

Der Arbeitskampf

Der Skandal, in seinen ganzen Ausmaßen, wurde erst von der "Socialist Party" - eine kämpferische ArbeiterInnenpartei - aufgedeckt. Die Bedingungen waren sehr schlecht, da die türkischen Arbeiter kaum Englisch sprechen konnten und GAMA mit Entlassungen drohte. Aber schließlich legten 350 Arbeiter die Arbeit für Wochen nieder und weite Teile der irischen ArbeiterInnenklasse zeigte sich mit den Streikenden solidarisch: Die GAMA-Arbeiter konnten ihre Interessen schließlich durchsetzen und Nachzahlungen in Millionenhöhe erkämpfen.

Martin Camberger

Beschluss zweier Regional-konferenzen vom ÖGB verschwiegen!

Dieser Antrag wurde von den Regional-konferenzen in Wien am 5. bzw. 9 Oktober 2006 beschlossen und in der Folge von der ÖGB-Spitze unter den Teppich gekehrt.

Urabstimmung und BetriebsrätInnenkonferenzen

Bei wichtigen Fragen (zB KV-Verhandlungen) müssen die Ziele auf BR-Konferenzen erarbeitet und beschlossen, und die Ergebnisse durch Urabstimmung legitimiert sein.

Jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit der FunktionärInnen

Spitzenfunktionäre müssen von den betroffenen Mitgliedern direkt gewählt werden. Delegierte zu Kongressen sollen auf Betriebs und Regionalkonferenzen direkt gewählt werden. Es muss möglich sein FunktionärInnen abzuwählen.

Durchschnittslohn für FunktionärInnen

KeinE GewerkschaftsfunktionärIn soll mehr verdienen, als die Mitglieder, die er/sie vertritt. FunktionärInnen sollen den Durchschnitt der KVs in ihrem Bereich verdienen.

Kämpferischer Kurs statt Sozialpartnerschaft

Die Gewerkschaftspolitik muss sich an den Mitglieder- und nicht an Wirtschaftsinteressen orientieren.

ÖGB-Spitze muss sich an Beschlüsse halten!

Keine Zustimmung zu Verschlechterungen!

ÖGB-Kongresse beschließen viele schöne Forderungen: In der Praxis stimmen ÖGB-FunktionärInnen vielfach Maßnahmen zu, die auf Sozialabbau, Arbeitszeitverlängerung und Reallohnverluste hinauslaufen.

Schluss mit dieser Kriecherei!

"Das Regierungsprogramm bildet insgesamt eine Basis zur Zusammenarbeit zwischen der neuen Bundesregierung und dem ÖGB" heißt es auf der ÖGB-Homepage. Aber warum? In diesem Übereinkommen werden viele Verschlechterungen angekündigt (Ladenschluss, Arbeitszeit ... siehe Titelseite). Erinnern wir uns: 2000 warfen die Krone und die Regierungsparteien dem ÖGB vor, gegen die blauschwarze Regierung zu hetzen, weil die SPÖ in die Opposition musste. "Der ÖGB wird jede Regierung danach zu beurteilen, was sie für ArbeitnehmerInnen macht" war damals die - richtige - Verteidigungslinie des ÖGB. Genau das verlangen wir jetzt auch vom ÖGB! Dann kann aber nur Widerstand rauskommen: Viele ÖGB-Mitglieder und auch die Gewerkschaftsjugend beteiligen sich nicht zuletzt deshalb an den Protesten gegen die Studiengebühren.

Das Argument "mehr ist nicht drinnen; die Leute wollen nicht kämpfen" zieht nicht mehr. Bei jeder Mobilisierung haben die ÖGB-Mitglieder bisher bewiesen, dass sie hinter den Gewerkschaften stehen - wenn diese kämpfen wollen. Die Streiks gegen den Pensionsraub 2003 und die großen Eisenbahnerstreiks 2004 haben aber auch gezeigt, dass der Gewerkschaftsführung oft die Strategie fehlt, wie diese Kämpfe auch gewonnen werden können.

Grundsatzbeschluss muss her!

Das Problem fängt schon dann an, wenn Gewerkschaften selbst Pensionskürzungsreformen vorschlagen oder bei Verhandlungen Verschlechterungen zustimmen statt Widerstand zu organisieren. Wir wollen daher einen Grundsatzbeschluss durchsetzen, dass keinE GewerkschafterIn in einem öffentlichen Gremium künftig Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen zustimmen darf! Als Sofortmaßnahme sollten die KollegInnen in Betriebsversammlungen über die Angriffe im Regierungsprogramm informiert werden. Dann muss der ÖGB Kampfmaßnahmen bis hin zu Streiks organisieren.

Michael Gehmacher



Unterstütze den Initiativantrag!

KeinE GewerkschafterIn darf Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen zustimmen, egal in welchem Gremium.

► Unterstütze den Antrag der Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften mit deiner Unterschrift.

► Unsere Forderungen und die Möglichkeiten zur Mitarbeit findest Du auf www.gewerkschaftsplattform.org.

leitls märchenstunde

Die Wirtschaft hat's gefordert und die Gewerkschaftsführung hat im Sozialpartnerabkommen zugestimmt: Künftig sind längere Arbeitszeiten pro Tag (12 Stunden) bzw. pro Woche (60 Stunden) möglich. Dadurch soll die Wirtschaft wett-

Geschäfte im Handel länger offen sind, wird auch nicht mehr gekauft (mit welchem Geld schließlich). Um die zusätzlichen Kosten (Heizung, Strom etc.) dafür reinzubringen müssen andere Kosten eingespart werden. Flexiblere Arbeitszeiten haben einen Sinn: Mehr- und Überstunden, die bisher durch Aufschläge besser bezahlt waren, als die Regelarbeitszeit, billiger zu machen. Durch längere Durchrechnungszeiträume z.B. damit sich die Unternehmen Zuschläge ersparen. Indem in manchen Wochen halt 60 Stunden, in anderen nur 20 gearbeitet wird. Das bedeutet in der Praxis Reallohnverluste - da viele Beschäftigte aufgrund von niedrigen Einkommen auf Überstunden und die Zuschläge angewiesen sind können sie nicht auf die Überstunden verzichten und müssen künftig noch mehr davon machen. Familie und Privatleben bleiben dabei auf der Strecke. Aber da muss man dann halt auch flexibel sein und sich eineN PartnerIn suchen, der/die dieselben Arbeitszeiten hat...

Sonja Grusch

"Flexibilisierung schafft Arbeitsplätze"

bewerbsfähiger werden - und so letztlich auch neue Jobs geschaffen werden. Tatsache ist, dass die österreichischen Beschäftigten ohnehin schon durchschnittlich 44,1 Stunden pro Woche arbeiten (und damit EU-weit an zweiter Stelle liegen. Tatsache ist auch, dass rund 750.000 Menschen regelmäßig Überstunden leisten (durchschnittlich 9,4 Stunden/Woche - das entspricht rund 175.000 Vollzeitjobs). Durch flexiblere Arbeitszeiten werden Kosten gesenkt - mehr zu produzieren macht ja keinen Sinn, da ja schon jetzt mehr produziert wird, als die Menschen sich leisten können. Und wenn die

der fritz des tages



Man muss nicht Fritz heißen, um sich wie ein Fritz zu verhalten:

Ein Architekt des Regierungsübereinkommens heißt Wilhelm Haberzettl, ehemaliger Vorsitzender der Eisenbahner-Gewerkschaft und heute Vorsitzender der FSG. Als Haberzettl antrat gab er sich noch kapitalismuskritisch und kämpferisch. Er unterstützte die Demonstrationen gegen das WEF in Salzburg und trat beim "Austrian Social Forum" in Hallein auf.

Der Fritz des Tages heißt heute Willy

Im November 2003 war er dann aber als GdE-Vorsitzender maßgeblich für den vorzeitigen Abbruch des Eisenbahnerstreiks verantwortlich. Obwohl die meisten EisenbahnerInnen weiter streiken wollten, wurde der Streik gestoppt und die Bundesregierung kam mit ihren ÖBB-Zerschlagungsplänen durch. Übrigens: laut dem neuen Regierungsübereinkommen soll das Dienstrecht der Eisenbahner weiter flexibilisiert werden. Wer also glaubt Haberzettel hätte einfach alle Verschlechterungen mit unterschrieben um die EisenbahnerInnen zu schützen der irrt. Offensichtlich war Wilhelm Haberzettel sein Mandat und eine Regierungsbeteiligung der SPÖ wichtiger, als die Interessen der eigenen Mitglieder. Anders ist es nicht zu erklären das neben einer weiteren Arbeitszeitflexibilisierung, Steuerbelastung, Studiengebühren und vielem mehr auch einer Verschlechterung der eigenen Gewerkschaftsmitglieder in Kauf nimmt.

Durch diese Aktion hatt die Glaubwürdigkeit und die Mobilisierungsfähigkeit des ÖGB weiter gelitten, denn den ArbeitnehmerInnen, Erwerbsarbeitslosen oder Jugendlichen ist es egal ob ihnen eine rot-schwarze oder eine schwarz-orange Regierung das Geld wegnimmt. Für eine Alleinerzieherin, die im Handel arbeitet, ist es schlecht, wenn ihr Arbeitstag nun auf 12 Stunden ausgedehnt wird ohne dass sie die entsprechenden Zuschläge bekommt. Und es ist für diese Kollegin kein wirklicher Trost, dass ein Funktionär ihrer Gewerkschaft - für die sie Mitgliedsbeiträge zahlt - die Verschlechterungen maßgeblich mitverhandelt hat.

Diese Tatsache ist viel mehr eine Motivation dafür zu einzutreten, dass endlichen KollegInnen an die Gewerkschaftsspitze kommen, die tatsächlich bereit sind die Interessen der Mitglieder, mit ihnen gemeinsam, zu vertreten.

Die Redaktion



Der ÖGB sollte für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn kämpfen, statt die Einführung des 10-Studentages im Regierungsprogramm loben.
Harald Mahrer, DJP, Druckvorstufentechniker, Wien

Gusenbauer, der österreichische Genosse der Bosse, verarscht seine WählerInnen. Hundstorfer rutscht vor ihm auf den Knien. Von solchen Leuten fühle ich mich nicht vertreten!
Roman Dietinger, GPA, Prekär Beschäftigter, Wien



das sagen kollegInnen über den ÖGB

Vom Kindergarten bis zum Studium stellt die Kostenfrage eine soziale Barriere dar. Der ÖGB muss dafür kämpfen, dass Bildung frei ist!"
Florentin Döllner, GPA, Kindergartenpädagogin



Der ÖGB muss für kürzere Arbeitszeiten bei vollem Lohn kämpfen. Das verringert Arbeitslosigkeit und erleichtert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
Sonja Grusch, Damenkleidermacherin & Volkswirtin, GPA, Wien

Ich trete für Gehaltserhöhungen, die die Gehälter tatsächlich erhöhen, und andere soziale Verbesserungen ein. Um diese gemeinsam zu erreichen, brauchen wir einen kämpferischen Kurswechsel weg von der Sozialpartnerschaft. Daher bin ich in der Plattform aktiv."
Michael Gehmacher, Behindertenbetreuer, Stv. Betriebsratsvorsitzender, GPA, Wien

Der ÖGB ist verpflichtet die Interessen seiner Mitglieder, d.h. der ArbeiterInnen und nicht die der Großunternehmer zu vertreten.
Hubert Pichler, Pensionist, Wien

Werde aktiv bei der Plattform: ÖGB verteidigen heißt ÖGB verändern!

Die *Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften* ist eine Gruppe von GewerkschaftsaktivistInnen und BetriebsrätInnen unterschiedlicher Branchen und Fraktionen. Wir haben uns nach den Streiks im Jahr 2003 formiert und seither bei allen großen Auseinandersetzungen versucht aktiver Bestandteil der Bewegung zu sein. Wir stehen für eine echte Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung entlang folgender inhaltlicher Linien:

Urabstimmungen & BetriebsrätInnen-Konferenzen

Bei wesentlichen Fragen (z.B. KV-Runden) müssen die Ziele auf Betriebsversammlungen und BetriebsrätInnen-Konferenzen demokratisch festgelegt werden. Verhandlungsergebnisse müssen Urabstimmungen durch die Betroffenen Mitglieder unterzogen werden.

Jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit von FunktionärInnen

Vorsitzende und Bundesvorstände der Gewerkschaften und des ÖGB müssen von den jeweiligen Mitgliedern regelmäßig in direkter Wahl gewählt werden. Delegierte zu Kongressen müssen direkt in den Betrieben gewählt werden. Es muss möglich sein, Funktionäre jederzeit abzuwählen.

Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften

Durchschnittslohn für GewerkschaftsfunktionärInnen
Kein/e GewerkschaftsfunktionärIn darf mehr verdienen, als die Mitglieder, die er/sie vertritt. FunktionärInnen sollen den Durchschnitt der KV's ihres Bereichs verdienen.

Kämpferischer Kurs statt Sozialpartnerschaft
Kämpferische Kampagnen für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn, offensive Lohnrunden, entschiedenes Auftreten gegen Privatisierung und Flexibilisierung, die auf die Kraft der Mobilisierung der Mitgliedschaft setzen, statt sozialpartnerschaftliches Verwalten des Sozialabbaus.

Interessierte KollegInnen sind herzlich eingeladen
KollegInnen, die – wie wir – die Gewerkschaftsbewegung von innen in solidarischer Weise erneuern wollen, sind herzlich eingeladen, mit uns ins Gespräch (und auch zu gemeinsamen Aktionen) zu kommen.



aktionen - termine - veranstaltungen

Kundgebung Aufstehen statt Umfallen
Mo. 22. Jänner 2007, 16³⁰ Uhr
vor dem Austria-Center

Kundgebung ÖGB: Alles beim Alten?
Di. 23. Jänner 2007, 8³⁰ Uhr
vor dem Austria-Center

Kundgebung KeinE GewerkschafterIn darf Verschlechterungen zustimmen!"
Mi. 24. Jänner 2007, 8³⁰ Uhr
vor dem Austria-Center

Diskussionsveranstaltung ÖGB-Kongress: Was nun?
Kämpferische Perspektiven 2007
Mi. 24. Jänner 2007, 19⁰⁰ Uhr
Amerlinghaus, Wien 7, Stiftg. 8

[erreichbar mit U2, U3 Volkstheater]

kontakt

Telefon: 01/ 524 63 10

E-Mail: wastun@gewerkschaftsplattform.org

Internet: www.gewerkschaftsplattform.org

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:
Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften,
c/o Michael Gehmacher, Schiffamtsgasse 20/9, 1020 Wien
Herstellungs- und Verlagsort: Wien
Druck: Eigenvervielfältigung